

KURZ UND PRÄGNANT

Diese Trassenplanung ist eine Zumutung

Kaum ist in Thüringen die 380-kV-Trasse in Betrieb, verkünden die nächsten Netzbetreiber wundersame Pläne für eine Stromtrasse, die zur neuerlichen Zerschneidung Thüringens führen würde. Als „unzumutbar“ bezeichnet Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, das Vorhaben. Der von Tennet geplante Korridor für die Verbindung von Itzehoe (Niedersachsen) nach Grafenrheinfeld (Bayern) und Heilbronn (Baden-Württemberg) soll als Erdverkabelung durch Thüringen geführt werden. Vorgesehen sind dazu derzeit Trassen durch den Hainich, die Rhön und den Thüringer Wald bei Eisenach. Steffen Harzer ist der festen Überzeugung, dass diese Varianten nicht umsetzbar sind und dass auch durch den Technischeinsatz bei einer Erdverkabelung ein nachhaltiger Schaden in Thüringen entstünde. Wichtiger wäre nach Auffassung der Linksfraktion, die Energieversorgung regional und dezentral zu organisieren und dort, wo der Strom verbraucht wird, auch die entsprechenden Erzeugerkapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien aufzubauen. „Dazu wäre es aber auch erforderlich, dass die bayrische Landesregierung endlich ihre Blockadehaltung aufgibt und in die Zukunft investiert!“ Auch die unzureichende Entwicklung der Speichertechnologie Power to Gas müsse endlich beendet werden. „Hierfür müssen großtechnische Anlagen entwickelt werden, die den im Norden erzeugten Strom über das bestehende Gasnetz dorthin transportieren, wo er gebraucht wird.“ ■

Knut Korschewsky Vorsitzender des UA

Auf Antrag von Abgeordneten der CDU-Fraktion hat der Landtag in seiner Sitzung am 29. September die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Landesregierung in der ‚Lauinger-Affäre‘“ beschlossen. Entsprechend der Landesverfassung ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein Minderheitenrecht, für das die Stimmen von einem Fünftel der Abgeordneten ausreichen. Als Vorsitzender dieses Untersuchungsausschusses wurde Knut Korschewsky, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE, und als seine Stellvertreterin die CDU-Abgeordnete Marion Walsmann gewählt. Es ist der nunmehr dritte Untersuchungsausschuss (UA) in dieser Legislaturperiode - nach dem UA „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ und dem UA „Aktenlager Immelborn“. ■

Betrachtung greift zu kurz

LINKE-Kritik: Verfassungsschutzbericht eröffnet keine Handlungsperspektive

Der Bericht bestätigt unsere Einschätzung, der Geheimdienst ist nicht geeignet, wirksam zum Schutz demokratischer Rechte beizutragen“, so Susanne Hennig-Wellsow zu dem 21. 9. öffentlich vorgestellten Verfassungsschutzbericht 2014/2015.

Thüringen zähle mittlerweile bundes- und europaweit zu den begehrtesten Orten für Neonazi-Musikfestivals, aber „der Verfassungsschutz liefert keine neuen Informationen, setzt dieser Entwicklung nichts entgegen und eröffnet auch keine eigene Handlungsperspektive für die gesellschaftliche Debatte“. Andere Strukturen, wie die mobile Beratung MOBIT, leisteten eine viel zielgenauere und vor allem aktuelle Dokumentation und eröffneten die Möglichkeit, vor Ort nicht nur zivilgesellschaftlich zu intervenieren, sondern auch wirksam auf die Folgen neonazistischer Eventkultur - insbesondere auf junge Menschen und deren Einstellungen - zu entgegenen.

Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Erkennbar ist, dass von neonazistischen und rassistischen Einstellungen weiterhin die größten Gefahren in Thüringen ausgehen. An vielen Stellen greift die Betrachtung des Verfassungsschutzes aber viel zu kurz, der Bericht reduziert z.B. seine Sichtweise auf einzelne Neonazi-Gruppen, lässt die Entwicklung von demokratiegefährdenden Posi-

tionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft, so zum Beispiel bei Demonstrationen gegen Geflüchtete, genauso außer Acht, wie die direkten Verquickungen von Neonazis und AfD, die seit Herbst 2015 zu den regelmäßigen Unterstützern der rechtspopulistischen Partei gehören“.

Generalverdacht gegen linkspolitisierte Menschen

Demgegenüber stellt der Bericht aber für den Bereich des Linksextremismus dar, dass vermeintliche „Linksextremisten“ bei tagespolitischen Auseinandersetzungen „häufig zu legalen, gewaltfreien Formen des politischen Engagements“ greifen und dabei „ihre eigene extremistische Ausrichtung bewusst verschleiern. Damit wird weiter am Generalverdacht gegen linkspolitisierte Menschen, die sich mit zivilen Protestformen gegen Neonazis und soziale Ungerechtigkeit engagieren, gestrickt und ihnen unabhängig von Form und Inhalt gesellschaftskritischen Protestes eine extremistische Einstellung unterstellt. Dies weisen wir in aller Entscheidung zurück. Nicht ohne Grund haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Personen nicht mehr allein aufgrund ihrer politischen Auffassung zum Gegenstand grundrechtseinschränkender Maßnahmen werden sollen“, sagt Steffen Dittes. Vielfach erfolge die Nennung von Gruppen ohne ei-

ne vor dem Hintergrund des Verfassungsschutzgesetzes belastbare Begründung. „Offenbar reicht es allein aus, sich für die Rechte von Kurdinnen und Kurden solidarisch einzusetzen, um ins Visier des Amtes zu geraten. Der vorliegende Bericht folgt der Denkstruktur vorheriger Berichte.“

Als ‚Affront‘ wertet die Fraktions- und Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow die neuerliche Erwähnung der Kommunistischen Plattform. „Allein schon die Charakterisierung der KPF als „größten offen extremistischen Zusammenschluss innerhalb der LINKE“ diskreditiert nicht nur die KPF, sondern eine Vielzahl weiterer Mitglieder der Partei DIE LINKE. Belege werden nicht genannt, aber zur Begründung althergebrachte Stereotype antikomunistische Ideologien wiederbelebt. Ähnliches stellen wir auch bei der Nennung der Roten Hilfe e.V. fest.“

Die Landespolitiker zum VS-Bericht: „Deutlich wird, dass der Verfassungsschutz erhebliche Gefahren für Grundsätze einer freien und demokratischen Gesellschaft einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzieht. Er folgt nach wie vor der Extremismustheorie, auch wenn er anderes vorgibt. Aus diesem Grund werden wir weiterhin in der Koalition darauf drängen, Notwendigkeit und in einem demokratischen Verfassungsstaat mögliche Befugnisse eines nach innen gerichteten Geheimdienstes gemeinsam mit ExpertInnen zu diskutieren.“ ■

Große Themenbreite beim Bürgerdialog der Linksfraktion in Kahla

Zu ihrem zweiten Bürgerdialog „Fraktion vor Ort“ waren Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 21. September in Kahla. Neben Fachgesprächen stand eine Podiumsdiskussion im Rathausaal auf dem Programm. Der Einladungs zum Gedankenaustausch folgten etwa 30 Bürgerinnen und Bürger.

Zunächst trafen sich die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger, Sprecherin der Fraktion für Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie für Justizpolitik, mit Friedrich Jecke, dem Vorsitzenden des Sportvereins SV 1910 Kahla. Der Verein ermöglicht seinen etwa 500 Mitgliedern die sportliche Betätigung in elf Sportarten, darunter Fußball, Volleyball, Gesundheits- und Seniorensport, Kegeln, Schach und Tischtennis. Man verfüge über gute Trainingsbedingungen, Schwierigkeiten bereite aber die kontinuierliche Nachwuchsarbeit, informierte Jecke. Gegenwärtig verhandle der Verein mit der Stadt Kahla wegen eines neuen Nutzungsvertrages für Sportanlagen. Die Abgeordneten sagten ihm aktuelle Informationen über die investive Förderung des Sports in Thüringen zu.

Mit Bürgermeisterin Claudia Nissen-Roth legten Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger dann Blumen an den fünf kürzlich gesetzten Stolperstei-



nen in der Stadt nieder. Sie erinnern an die in der Zeit des Faschismus deportierten und ermordeten Juden aus Kahla. In einem anschließenden Gespräch mit der Bürgermeisterin tauschte man sich zur geplanten Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform und zum Projekt eines kostenfreien Kita-Jahres aus. Höhepunkt war der Bürgerdialog. Dem stellten sich auch der Wahlkreisabgeordnete und Haushaltsexperte Mike Huster sowie Ralf Kalich, Sprecher der Linksfraktion für Kommunalfinanzen. Die thematische Breite war wie schon bei der Auftaktveranstal-

ung in Gera sehr groß, sie reichte von der Windenergie, dem Umgang mit geflüchteten Menschen und der Gebietsreform bis hin zu Fragen nach der Lehrbesoldung und der Kritik am Unterrichtsausfall. Hinsichtlich nachgefragter Klassenfahrten sicherten die Abgeordneten zu, auf die Spitze des Bildungsministeriums zuzugehen und eine Überprüfung der konkret angesprochenen Fälle anzuregen. Ein Gespräch mit der Freiwilligen Feuerwehr, das aus Termingründen nicht zustande kam, wird nachgeholt

Text und Foto: Stefan Wogawa ■